

„Im Kampf gegen Rechtsextremismus nur Etappensieg errungen“

Anmietung des „Rössle“ durch das Landratsamt wird allgemein begrüßt, trägt aber nur bedingt zur Problemlösung bei

Rheinmünster (jo) – Den ungebeten Gästen aus dem rechtsextremen Lager ist die Basis entzogen, sich in Söllingen im „Bierstadt“ des Gasthauses Rössle weiterhin zu Konzerten zu treffen. Wie gestern berichtet, mietet der Landkreis Rastatt die Räume als Materiallager an. „Wir sind froh, dass dieses Problem gelöst ist“, atmet Ortsvorsteher Konrad Braun auf. Er hat die Vorgänge aus nächster Nähe erlebt, wohnt er doch in unmittelbarer Nachbarschaft des „Rössle“.

„Das ist eine vernünftige Lösung für alle“, ist Braun überzeugt. Einen ähnlichen Vorstoß habe es bereits vor zwei Jahren gegeben, berichtet er. „Der Ortschaftsrat hatte damals mit Herrn Sick über eine Anmietung gesprochen“, berichtet Braun. Doch Günter Sick, Eigentümer und Wirt des „Rössle“, habe abgelehnt.

Nach fünf Nazikonzerten seit Sommer dieses Jahres schien es, als sollte sich das „Rössle“ erneut als Szenentreff etablieren, nachdem dort zwei Jahre lang keine Rechten mehr verkehrt waren. Die Auswirkungen bekamen vor allem die

Anwohner der Kirchstraße, in der das Gasthaus angesiedelt ist, zu spüren. Außerdem sei die Angst umgegangen, berichtet Braun, dass es im Ort zu Auseinandersetzungen mit militanten Linken kommen könnte. Erste Anzeichen dafür gab es: So waren jüngst Gläser mit roter Farbe und Steine gegen die Fassade des „Rössle“ geflogen. Die Antifa kündigte an: „Wir werden wieder kommen und versuchen, diese Konzerte zu verhindern!“

Dazu gibt es nun keinen Anlass mehr. So freut sich auch die Aktionsgemeinschaft gegen Neonazis in Rheinmünster, dass den Rechtsrock-Konzerten ein Ende gesetzt wurde. „Die Idee, den Veranstaltungsort einer anderen Verwendung zuzuführen, gab es schon lange Zeit“, bestätigt Hubertus Stollmaier, Sprecher der Aktionsgemeinschaft. „Die immer wieder erfolgten Bemühungen haben beim Rössle-Eigentümer diesmal offenbar genügend Druck aufgebaut, eine Einsicht herbeigeführt und einen Vertragsabschluss ermöglicht.“ Stollmaier spricht „allen, die daran beteiligt waren, den Nazispuk zu beenden, ein aufrichtiges Dankeschön“ aus.



Hier feierten die Rechten bei Neonazi-Konzerten: Der „Bierstadt“ des Gasthauses Rössle in Söllingen.

Foto: Siebnich/av

Die kommenden zwei Jahre müssten nun genutzt werden, „um nach einem guten Weg“ für die Zeit nach der Übergangslösung zu suchen, erklärt der CDU-Landtagsabgeordnete Tobias Wald. Er hält fest: „Vor Ort und in der Region haben die Menschen gemeinsam Stärke gezeigt“ und seien dem

Rechtsextremismus entgegengetreten. Wald berichtet, dass er Innenminister Reinhold Gall (SPD) in dieser Woche nochmals die prekäre Situation aufgezeigt habe, doch habe das Land angesichts der Rechtslage nicht mehr tun können. Insofern sei die getroffene Lösung „die einzig sinnvolle und richti-

ge Möglichkeit“, so Wald.

In der vergangene Woche hatten die Bundestagsabgeordneten Kai Whittaker (CDU) und Gabriele Kasmarek (SPD) Bürgermeister Helmut Pautler im Rathaus noch ihre Unterstützung bekundet. Der jetzt beschränkte Weg „ist ein Zeichen, dass Nazis in unserer Re-

gion keinen Platz finden“, sagte Kasmarek gestern. Whittaker rät, abzuwarten, „ob das Problem nicht an anderer Stelle neu auftaucht.“ Eine Gefahr, die auch seine SPD-Kollegin sieht, wiewohl es dafür keine konkreten Anzeichen gibt. Beide wünschen sich eine bessere gesetzliche Handhabe, die derlei Versammlungen am rechten Rand verbietet.

Beate Böhlen, Landtagsabgeordnete der Grünen, begrüßt, „dass es zumindest in den nächsten zwei Jahren keine rechtsextremen Konzerte mehr im Rössle geben wird“. Damit werde eine drohende Eskalation verhindert. Sie mahnt aber: „Im Kampf gegen den Rechtsextremismus wurde nur ein Etappensieg errungen“. Es gelte deshalb, „weiterhin wachsam zu sein und klar für Demokratie und Menschenrechte Flagge zu zeigen.“

Hubertus Stollmaier konstatiert: „Dem Rechtsextremismus entgegenzutreten, ist immer eine Kombination aus staatlicher Aufgabenwahrnehmung, Engagement der Bürgerinnen und Bürger, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und letztlich auch politischer Bildung, die geleistet werden muss.“